

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

### **Wohn- und Betreuungsaufsicht weiter stärken und ausbauen**

Die Anforderungen an die Arbeit der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA) sind in den letzten Jahren stetig gewachsen. Mit der jüngsten Novellierung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes sind weitere Aufgaben hinzugekommen, und die Rolle der WBA konnte weiter gestärkt werden. Auch die Aufsicht über Einrichtungen, die gesetzliche Auflagen nicht erfüllen und auf Anordnungen nur zögerlich reagieren, führt zu erhöhtem personellen Einsatz. Darüber hinaus gibt es durch ein verändertes Meldeverhalten von Angehörigen mehr anlassbezogene Kontrollen, Beratungen und weitere rechtliche Schritte.

In den zurückliegenden Jahren, besonders in den vergangenen Monaten, hat die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport den Bereich der Wohn- und Betreuungsaufsicht daher personell und organisatorisch verstärkt. Doch auch mit dieser Verstärkung stößt die WBA inzwischen an ihre Grenzen. So muss sie ihre Aufgaben inzwischen mit einer Prioritätenliste gewichten, um bei erkennbaren Gefährdungen in den Einrichtungen unverzüglich zu reagieren und anlassbezogenen Meldungen von Bewohner/-innen, Personal und Angehörigen über Mängel in der Pflege in angemessener Weise nachzugehen.

Damit die WBA auch zukünftig den steigenden Anforderungen nachkommen und die Zahl der Regelprüfungen erhöhen kann, ist eine Aufstockung des Personals unerlässlich.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- 1) einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen, um die Personalzielzahl für die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um 2 Vollzeitäquivalente zu erhöhen.
- 2) die Arbeitsorganisation der WBA so umzustrukturieren, dass mehr Personalkapazitäten für die Kontrollen der Einrichtungen freigemacht werden können.
- 3) der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration im 4. Quartal 2018 zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um insbesondere die Personalausstattung der bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht an die gestiegenen Herausforderungen anzupassen.

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD